

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich begrüße Euch recht herzlich zu unserer heutigen bezirklichen Funktionärskonferenz.

Uns führt heute unser Protest gegen die Rentenpläne der Bundesregierung zusammen – Rentenpläne die nahtlos eine Politik der Rentenkürzung fortsetzen, wie wir sie seit längerer Zeit erleben.

Eine Politik, die auch nach langem Berufsleben, nach 40, 45 Jahren Malochen und Beitragszahlung die Menschen in die Armut treibt.

Nimmt man die Rentenabschläge durch die Rente mit 67 hinzu, dann sprechen wir über Renten unterhalb des Sozialhilfeniveaus.

So sieht keine solidarische Rentenpolitik aus – so sieht eine Politik aus, die bewusst in Kauf nimmt, dass Menschen im Alter sozial deklassiert und in die Altersarmut getrieben werden.

Nun sagt die Politik: Zusätzliche Vorsorge ist möglich.

Richtig, wenn man sie sich leisten kann.

Und leisten können sich dies

- gerade nicht die Kolleginnen und Kollegen in den unteren Lohngruppen,
- gerade daher nicht, weil sie gesundheitlich besonders verschlissen werden,
- gerade daher nicht, weil sie am Arbeitsmarkt kaum Chancen haben.

Nicht die Generationensolidarität ist in Gefahr, wie uns mancher weiß machen will, sondern die bröckelnde Solidarität zwischen Arm und Reich, die schwindende Solidarität zwischen unten und oben in dieser Gesellschaft und dagegen wehren wir uns, Kolleginnen und Kollegen !

Die Rente mit 67 ist nicht allein die Fortführung einer verfehlten Rentenpolitik der letzten Jahre. Sie hat eine neue Qualität: Denn sie ist garniert mit der politischen Aussage, dass nahezu alle früheren Ausstiegswege vom Arbeitsleben in die Rente geschlossen werden sollen.

Damit sind die Rentenpläne eben nicht nur eine materielle Verschlechterung der Rentenphase, sondern sie sollen zu einem Zwang führen, länger zu arbeiten.

Ein Zwang, der angesichts der aktuellen Arbeitsmarktsituation und der Arbeitsbedingungen nur Opfer kennt: das sind die abhängig Beschäftigten, das ist die Jugend.

Nach 40, 45 Versicherungsjahren ohne Chance auf eine ordentliche Rente – stattdessen ,

- für die, die gesundheitlich nicht mehr mithalten können,
- für die, die keinen Arbeitsplatz mehr bekommen,

der Zwang, sich über Hartz IV in die Rente zu robben – das ist ein sozialpolitischer Skandal.

Verbraucht, ausgenutzt und dann in die Altersarmut entlassen – das ist der Abgang an einen solidarischen Sozialstaat und gegen eine solche Politik der sozialen Kälte wehren wir uns.

Auf unserer Kundgebung in Stuttgart im Oktober, in zahlreichen örtlichen Aktivitäten und nicht zuletzt durch die 75.000 Metalller und Metallerrinnen in Baden-Württemberg, die in den letzten Wochen während der Arbeitszeit mit ihrem Protest ein sichtbares Signal setzten.

Und das war gut so !

Und deswegen sagen wir klar und deutlich. Stoppt diese Politik. Nein zur Rente mit 67 ! Wir brauchen auch in Zukunft einen flexiblen Ausstieg in die Rente.

Und unser Widerstand zeigt Wirkung: Wir haben die Rente mit 67 zum Thema gemacht, es bewegt die Menschen in diesem Land und zwingt die Politik zu ersten Korrekturen.

Gewiss, der Tanker der Großen Koalition stampft weiter in Richtung Rente mit 67. Allein die Linkspartei hat hier eine andere Meinung im Parlament. Wir brauchen aber Mehrheiten, um Politik verändern zu können.

Das Ringen um parlamentarische Mehrheiten ist aber keine Tarifverhandlung, wo wir klar formulierte unterschiedliche Interessen vorfinden und es selbst in der Hand haben, ein Ergebnis zu erreichen.

In der Politik geht es um Mehrheiten, die nur durch die Überzeugung der Öffentlichkeit, den Druck auf die Politik und Politiker erreicht werden können und wo eine Vielzahl gesellschaftlicher Gruppen unterschiedlichste Interessenslagen einbringt.

Daher ist es ein erster Erfolg, wenn wir deutliche Bremsspuren beim Schließen aller Ausstiegsmodelle erzwungen haben.

Die SPD im Lande fordert nun öffentlich die Fortführung der Altersteilzeit.

Die SPD-Bundestagsfraktion und das Präsidium fordern flexible Übergangsmodelle auch in Zukunft.

Und selbst Teile der CDU hier in Baden-Württemberg zeigen sich aufgeschlossen.

Ohne unseren Widerstand, die politische Lobbyarbeit, auch die direkte Ansprache der Abgeordneten vor Ort, hätte es diese Bewertung nicht gegeben.

Und Kolleginnen und Kollegen, ob da dem Einen oder Anderen in der Politik die Einsicht kommt oder ihn nur das schlechte Gewissen plagt, das ist nicht entscheidend.

Entscheidend ist, ob wir politisches Handeln verändern - und da sollten wir selbstbewusst agieren. Da müssen wir nicht gleich das Haar in der Suppe suchen, sondern wenn sie uns noch nicht richtig schmeckt, kräftig nachwürzen.

Ich will hier nochmals für alle Jungen und Junggebliebenen darauf hinweisen: Am 9. März demonstriert die IG Metall Jugend vor dem Reichstag - Mitfahrmöglichkeiten bestehen weiter.

Kolleginnen und Kollegen,  
am 9. März endet unser Widerstand gegen diese Rentenpolitik nicht. Wir werden weiter für unsere Alternativen streiten und damit unser politisches Mandat als Gewerkschaften aktiv gestalten. Ich darf herzlich zu diesem Thema unter uns Hans-Jürgen Urban, Leiter des Funktionsbereichs „Gesellschaftspolitik“ beim 1. Vorsitzenden der IG Metall begrüßen.

Der Übergang vom Arbeitsleben in die Rente, ist nicht nur ein sozialpolitisches Thema jenseits des Arbeitslebens. Es ist vielfach mit unserem Arbeitsleben verbunden. Darüber werden wir mit einer Reihe von betrieblichen Praktikern reden. Ich begrüße recht herzlich den Moderator Reinhold Erz, Fernsehjournalist des Südwestfunks und seine Mitdiskutanten Sabine Pflughar von der ZF Friedrichshafen und Vorstandsmitglied der IG Metall, Helmut Lense Betriebsratsvorsitzender von DC Untertürkheim, ebenfalls Vorstandsmitglied und Rainer Wagner, Betriebsratsvorsitzender der Heidelberger Druck.

Kolleginnen und Kollegen,

fallende Geburtenraten und höhere Chancen auf längeres Leben stellen nicht nur die Betriebe, sondern die Gesellschaft insgesamt vor die Herausforderung, altersgerechtes Arbeiten und Leben neu zu organisieren. Davon sind wir noch meilenweit entfernt, und wir brauchen hierzu auch neue betriebs- und tarifpolitische Lösungen.

Das gilt für das gesamte Arbeitsleben, von der Ausbildung, bis zur Rente. Diese Veränderung human zu gestalten, das ist die eigentliche Herausforderung für unsere Betriebs- und Tarifpolitik,

Ich freue mich hierzu den 2. Vorsitzenden der IG Metall, unseren Kollegen Berthold Huber unter uns begrüßen zu können.

Es geht um vieles. Auf dem Prüfstand steht unsere Sozialstaatstradition, wie wir sie seit langem im Bild der Generationensolidarität verkörpert sahen. Die Erwerbstätigen sorgen für die Jungen und Alten, der Sozialstaat organisiert dies und schafft einen sozialen Ausgleich.

Diese Dreiteilung des Lebens in Jugend und Ausbildung, Arbeitsleben im Beruf und danach Ruhestand ist schon längst brüchig.

Tatsache ist, dass diese Brüche, werden sie von uns nicht gestaltet, zu Lasten der abhängig Beschäftigten wirken:

- der Mangel an Ausbildungsplätzen,
- die sinkenden Chancen auf Bildung für Arbeiterkinder,
- Arbeitslosigkeit und Prekarität im Berufsleben,
- Unvereinbarkeit von Familie und Beruf,
- Gesundheitsverschleiß und Vernutzung von Qualifikation über das Arbeitsleben

- die massive Veränderung der Verteilung von Einkommen in diesem Lande zu Lasten der Erwerbseinkommen, zugunsten der Gewinne

sind nur Stichworte hierfür, die uns feststellen lassen:

Nicht der Sozialstaat hat Konstruktionsfehler und Finanzierungslücken, sondern der Mangel an solidarischen Lösungen führt zu immer neuen Bedrohungen der Funktion und Finanzierung des Sozialstaats und damit auch der Rente.

Die IG Metall muss hierzu konkrete Betriebs- und Tarifpolitik entwickeln.

Was passiert, wenn wir nicht handeln, dass sehen wir in anderen auch entwickelten Industriestaaten:

Hier die USA, mit einer weit verbreiteten Altersarmut, die bis zur Bahre zwingt Billig-jobs anzunehmen.

Da Japan, wo Ältere auf billige Jobs bei Zulieferern oder in die Selbstständigkeit als Kleingewerbetreibende abgedrängt werden.

Aber weil wir nicht den Opa bei Mc Donald oder die Oma am Sushi-Stand um die Ecke besuchen wollen, stehen wir mit in der Verantwortung für Lösungen -auch in der Arbeitswelt von heute.

Tatsache ist doch, dass Arbeitsbedingungen heute eben nicht altersgerecht gestaltet sind,

- dass alle Konzepte einer humaneren Arbeitsgestaltung unter der Rationalisierungspeitsche des internationalen Wettbewerbs zurückgenommen, statt ausgebaut wurden,
- dass eher Arbeitsplätze verlagert, als Investitionen in Qualifizierung, und Arbeitsgestaltung getätigt werden.
- dass alle Schonarbeitsplätze ausgelagert sind und Leistungsgeminderte keinen Platz in den Fabriken finden.

Tatsache ist doch, dass Ausbildung und Weiterbildung allein aus Sicht der kurzfristigen Verwertung und nicht der nachhaltigen Verbesserung von Erwerbschancen der Menschen erfolgt.

Tatsache ist doch, dass der einzige Schutz für die Beschäftigung Älterer unser tariflicher Alterssicherungsschutz ist, der mit der Rente mit 67 und der Schließung der Ausstiegswege direkt ins Visier der Angriffe der Arbeitgeber geschoben wird.

Tatsache ist doch, dass BDA und BDI zu den Schweinstreibern der Rente mit 67 gehören, weil sie gemeinsam mit der Politik dem goldenen Kalb der Senkung der Lohnnebenkosten huldigen, weil für sie allein eines zählt: Kostensenkung für den Profit von heute. Kein Gedanke wird verschwendet an den Bedarf z.B. qualifizierter Arbeitskräfte von morgen.

Und daher folgt nur eines, Kolleginnen und Kollegen:

Gewerkschaftliche Antworten und Gegenwehr sind gefragt:

- in der Wahrnehmung unserer Mitgliederinteressen im politischen Feld;
- in der Fortführung unserer tarif- und betriebspolitischen Linie „Gute Arbeit“;
- in unserem Bemühen, nicht nur über mehr und bessere Ausbildung zu reden, sondern endlich Taten folgen zu lassen;
- in der tarifpolitischen Aushandlung von flexiblen Übergangsmodellen vom Arbeitsleben in die Rente;
- und nicht zuletzt und ganz zentral: in der Verteidigung unserer Alterssicherung als Bollwerk gegen Ausgrenzung und Rausdrängen von Älteren im Betrieb.

Da ich ahne, wohin der Hase läuft, sage ich nur eins: Hände weg von der Alterssicherung und dem Alterskündigungsschutz !

Kolleginnen und Kollegen,

in diesem Sinne erhoffe ich mir von dieser Veranstaltung, deutliche Signale nach außen, an die Öffentlichkeit

- an dieser Stelle darf ich unter uns zahlreiche Medienvertreter begrüßen -
- und an die Politik.

Aber auch klare Orientierung nach innen, wie wir weiter und erfolgreich Flagge zeigen, wenn es

- gegen die Rente mit 67,
- für Möglichkeiten des früheren Ausscheidens Älterer und damit auch Chancen für die Jugend auf Ausbildung und Arbeit geht.

Kolleginnen und Kollegen,

ich bedanke mich für Eure Aufmerksamkeit